

**Waffenlieferungen und Hochrüstung schaffen keinen Frieden!**



# Spiel mit dem Atomkrieg?

Kanzler Scholz wirft einen Schneeball, Frau Baerbock macht im finnischen Atombunker Hüpfspiele, Strack-Zimmermann, die laufende Rüstungsaktie, gibt die motorradfahrende Oma, Ex-Kanzlerin Merkel gibt zu, dass sie bei Minsk II gelogen hat, um Zeit für die ukrainische Aufrüstung zu gewinnen.

Man hat den Eindruck, die bundesdeutsche Regierungsriege lebt auf einem anderen Stern, tausende Kilometer entfernt von der Angst der Menschen vor Krieg und Inflation. Was zunächst als Dumm oder Irrsinnig anmuten lässt, hat Methode. Denn es geht nicht allein um abgehobene Politiker – hinter ihnen stehen Kapitalinteressen, besonders der mächtigen Rüstungsindustrie. Wie in der deutschen Vergangenheit verdienen sie auch heute wieder enorm an Rüstung und Krieg.

***Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.***

Die fruchtbaren Ergebnisse durch Handel und Entspannungspolitik zu Zeiten der friedlichen Koexistenz und Völkerverständigung sind der Ampelkoalition verhasst. Wer auf Dialog, Kooperation und Diplomatie setzt, wird als naiv, als „Lumpenpazifist“ oder ewiggestrig diffamiert - Zeitenwende ist angesagt!

Wir erleben geopolitische Verschiebungen unter Federführung des US-Imperialismus, weil er im Begriff ist, seine wirtschaftliche und politische Weltvormachtstellung zu verlieren. NATO-Osterweiterung und Hochrüstung samt Sanktionsregime unter US-Federführung ist die Agenda. Rüstung bringt dann doch bessere Renditen als friedlicher Handel. Während 100 Milliarden in die Bundeswehr fließen sollen, um künftig noch mehr Krieg in die Welt zu tragen, stehen Gesundheitswesen, Kitas oder Mittelstandsfirmen wie Bäckereien vor dem Kollaps. Schon jetzt kann sich Bremen als das Land mit der höchsten Arbeitslosenquote präsentieren.



Der Standort Bremen als Rüstungsschmiede allerdings ist gefragt. Rheinmetal Defence, Airbus, Lürssen-Werft, OHB, Atlas Elektronik, der Flughafen für die Grundausbildung von Bundeswehrpiloten, dazu Logistik & Transport via Flughafen, Häfen und Bahn lässt Spekulanten seit dem Ukraine-Maidan 2014 vermehrt auf Bremer Rüstungskonzerne setzen. So spielt Bremen im Rüstungsranking in der Oberliga mit. Na, wenn das nicht Bremen zu einer lohnenden militärischen Zielscheibe macht.

Daher richtet sich unser Hauptaugenmerk bei dieser Bremer Bürgerschaftswahl, bei der die DKP leider nicht kandidiert, gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und gegen das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Wir fordern Diplomatie und Verhandlungen. Das Töten und Sterben auf dem Schlachtfeld muss aufhören. Die Gefahr eines möglichen atomaren Weltkrieges mit vielen Milliarden Toten muss verhindert werden.

Wir Kommunisten lehnen uns dagegen auf, das Milliardenwerte für eine abenteuerliche Rüstungs- und Kriegspolitik verschleudert werden statt sie zur vernünftigen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes zu nutzen. Die 100-Milliarden-Aufrüstung wird "Ausrüstung" genannt und ist weniger als Unterstützung für die ukrainische Armee geplant, sondern vielmehr für die eigenen aggressiv-expansionistischen Ziele. Somit verschärft die deutsche Regierung die internationale Lage immens. Widerspruch seitens der Bremer Koalition? Fehlanzeige.

*Wir sagen stattdessen: Erhalt und Ausbau des Gesundheitswesens, der Schulen, der Kitas.*



Doch das soll nach den rüstungsfanatischen Beschlüssen der Ampel-Regierung nicht sein. Somit stellen sie sich gegen alle friedensbewegten Menschen und befürworten Kriegskredite und Waffenlieferungen. Sie unterstützen Faschisten in der Ukraine und bilden fremde Soldaten in Deutschland aus. Und wir, die Steuerzahler, dürfen die Zeche zahlen. Da ist es mit ein bisschen Frieren nicht getan und die Preissteigerungen haben schon so manch einen in die Verzweiflung getrieben.

Dabei sind die Konsequenzen der maßlosen Rüstungskosten und die Eigentore mit den völkerrechtswidrigen Sanktionen noch gar nicht absehbar. Da wird uns noch so manche bittere Pille präsentiert werden. Hier werden gleich hunderte Milliarden Steuergelder versenkt, während bei den laufenden Tarifverhandlungen Krokodilstränen vergossen werden.

Eine notwendige Erkenntnis ist auch, dass Ursache und Beginn des Krieges in der Ukraine eben nicht das Einschreiten der russischen Truppen vor einem Jahr war. Der Beginn dieses Krieges begann 2014 mit dem ukrainischen Beschuss der Volksrepubliken Lugansk und Donezk mit über 14.000 Getöteten, davon überwiegend russisch-sprechende ältere Frauen und Männer, Jugendliche und Kinder. Wer noch daran zweifelte, der wurde im April 2022 vom US-Verteidigungsminister Lloyd Austin anlässlich seines Besuchs in Warschau eines Besseren belehrt. Der erklärte, dass es den USA bei dem Krieg nicht um die Ukraine geht, sondern "um die nachhaltige Schwächung Russlands", weshalb der Krieg auch möglichst lange dauern soll. Vor diesem Hintergrund kann niemand mehr von einem "unprovokierten russischen Angriffskrieg" sprechen.

Daher engagiert sich die DKP für ein Bündnis aus Friedens- und Arbeiterbewegung, damit genügend friedenspolitischer Druck auf die Regierung ausgeübt werden kann. Unser Ziel muss sein: Schnellstmögliches Ende des Ukraine-Krieges! Verhandlungen jetzt! Verhindert den NATO-Krieg gegen China!

## Kommunistischer Wahlprüfstein

**Für die Bürgerschaftswahl am 14. Mai 2023 orientiert die DKP darauf, nur Kandidaten zu wählen, die für Diplomatie, Verhandlungen und gegen Waffenlieferungen einstehen und zudem die soziale Schieflage zugunsten der Arbeiterklasse verbessern wollen.**



Deutsche Kommunistische Partei | DKP Bremen  
[www.bremen.dkp.de/bremen-lokal/](http://www.bremen.dkp.de/bremen-lokal/)

o Ich will Kontakt zur DKP > [dkp-bremen@gmx.de](mailto:dkp-bremen@gmx.de)

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Mühlenstr. 135, Bremen